

-Es gilt das gesprochene Wort-

Haushaltsrede 2024

des CDU-Fraktionsvorsitzenden Holger Krajewski

im Rat der Stadt Dorsten zur Haushaltsverabschiedung des Haushaltes 2025

am 27. November 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!
Sehr geehrte Verwaltungsmitarbeiter!
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger!

Es ist bereits alles gesagt! Es ist bereits alles geschrieben worden!

Viel Richtiges ist in den vergangenen Jahren auch bereits an dieser Stelle in den Haushaltsreden von unterschiedlichster Seite gesagt worden.

Auch in Berlin wäre die Möglichkeit zur Erkenntnis gegeben!

In einer Projektion zur Entwicklung der deutschen Staatsfinanzen bis zum Jahre 2070 der inzwischen aufgelösten Ampelregierung aus dem Jahr 2022 werden folgende Aussagen gemacht:

- Nach einem ungünstigen Szenario kommt es zu einem sich stetig beschleunigenden Anstieg der Staatsschuldenquote von heute knapp 63 % des Bruttoinlandsproduktes auf 345 % und zu einem jährlichen Defizit von bis zu 22 % des Bruttoinlandsproduktes. (Zur Orientierung: Die Schuldenbremse erlaubt eine jährliche Neuverschuldung des Bundes in Höhe von 0,35 % des Bruttoinlandsproduktes.)
- Bei einer optimistischen Prognose steigt die Schuldenquote im Übrigen immer noch auf rund 140 % des Bruttoinlandsproduktes und das jährliche Defizit immer noch auf etwa 7 % des Bruttoinlandsproduktes.

Und wie geht man mit dieser Erkenntnis um?

Die Schuldenbremse soll fallen, damit wir weiter über unsere Verhältnisse zu Lasten unserer Kinder und Enkelkinder leben können und bloß keine Prioritäten setzen müssen.

Von den guten Zeiten, in denen die heutigen und die noch zu machenden Schulden getilgt werden, sind wir also deutlich mehr als ein halbes Jahrhundert entfernt.

Und was ist passiert? Welche Schlüsse wurden daraus gezogen? Ich erkenne keine, weiß aber: So kann verantwortlich handelnde Politik keine Probleme lösen!

Es ist bereits alles gesagt! Es ist bereits alles geschrieben worden!

Was folgt daraus in Zeiten der Plagiatsjäger für (m)eine Haushaltsrede?

Ich ringe nicht um Worte und Formulierungen, mit denen das gleiche noch einmal mit anderen Worten gesagt wird. Ich zitiere im Folgenden direkt!

Bislang kaum beachtet, bahnt sich in deutschen Städten und Gemeinden ein finanzielles Desaster an, das die ohnehin taumelnde Republik vollends aus der Bahn werfen könnte. Vor der Pandemie schien alles noch in recht guter Ordnung. Sicher, es gab damals schon Kommunen in finanzieller Notlage und einen Investitionsrückstand in dreistelliger Milliardenhöhe, aber die Handlungsfähigkeit der meisten Kommunen war gegeben. Seit drei Jahren verschlechtert sich die finanzielle Lage rapide.

In den Jahren 2016 bis 2023 erwirtschaftete die Stadt Dorsten positive Jahresergebnisse und konnte somit allein bei den Kassenkrediten die Schulden von 185 Millionen Euro um 102 Millionen Euro auf nunmehr 83 Millionen Euro merklich reduzieren. Das Ergebnis für die Jahre 2022 und 2023 war mit 19,7 Millionen Euro und mit 10,6 Millionen Euro noch deutlich im Plus. Dieses Jahr wird ein positives Ergebnis von 3 Millionen erwartet. Für das Jahr 2025 prognostiziert die Kämmererei hingegen einen negativen Saldo in Höhe von 20,7 Millionen Euro. Das entspricht einem Haushaltsdefizit in Höhe von rund 8 % der Erträge bzw. umgangssprachlich „unserer Einnahmen“.

Wie kann eine Stadt in wenigen Jahren vom schwäbischen Sparer zum Sanierungsfall werden? Die Einnahmen sind nicht das Problem. Verantwortlich für das Haushaltsdefizit sind rasant steigende und durch die Stadt Dorsten nicht oder nur kaum beeinflussbare Ausgaben. Zur allgemeinen Inflation kam der Tarifabschluss mit etwa 10 Prozent Lohnsteigerungen, die in der Stadtkasse rund 15 Millionen Mehrkosten bewirken. Und Verdi will noch mal 8 Prozent aufsatteln. Weitere mindestens 5 Millionen muss die Stadt Dorsten zusätzlich für Sozialleistungen bereitstellen.

Hier gibt es drei Kostentreiber: das Bundesteilhabegesetz, das gewaltige Lasten und Bürokratie erschaffen hat, denen kein ausreichender Nutzen für Behinderte gegenübersteht. Die Jugendhilfe, die mit stark steigenden Fallzahlen und der Erwartung, dass der Staat alle Probleme in zerfallenden Familien lösen soll, heillos überfordert ist. Und die Flüchtlingsversorgung, die sich auch indirekt auf nahezu alle anderen kommunalen Leistungssysteme mit großen Kostenbelastungen auswirkt.

In Landkreisen kommt obendrauf noch deren explodierendes Defizit.

Ungedeckte Kosten müssen die Landkreise mangels eigener Einnahmen über die sogenannte Kreisumlage von ihren Kommunen einsammeln. Diese Umlage wird in Baden-Württemberg in nur zwei Jahren im Schnitt um etwa ein Viertel ansteigen: Genau dieser Mechanismus treibt nahezu alle Kommunen in dramatische Defizite. Und das Schlimmste kommt erst noch. Mit der Verrentung der Babyboomer beginnt der Anstieg der Defizite in den Krankenkassen wie in der Renten- und Pflegeversicherung.

Bund und Länder schaffen trotzdem immer neue Ansprüche und reichen die Kosten an die Kommunen weiter. Den neuen Rechtsanspruch auf Ganztagsplätze in Grundschulen müssen zu einem Drittel die Kommunen bezahlen, und der neueste Kabinettsbeschluss für ein Jugend- und Kinderinklusionsgesetz wird vom Städtetag zu Recht dafür kritisiert, dass der Bund die Kosten für die Kommunen politisch kleinrechnet, um sie später darauf sitzen zu lassen.

Weil einfach nicht mehr Geld für immer mehr Leistungen da ist, müssen die Standards auf breiter Front runter. Einen unbezahlbaren Sozialstaat können sich nur Leute wünschen, die unser Staatswesen von innen aushöhlen wollen.

Ich fürchte, wenn wir weiter nur zuschauen, wie unser Wohlstand zerrinnt, werden wir in den 30er-Jahren noch ganz andere Zumutungen diskutieren müssen. Noch ist Zeit umzusteuern, die Substanz ist da, aber die Zeit, sie wird knapp.

(Ende des Zitats.)

Dieser Teil meiner Haushaltsrede ist in gekürzter und angepasster Form der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 29.10.2024 entnommen. Er ist unter der Überschrift „Der Bund treibt die Städte in ein Desaster“ erschienen. Natürlich nicht mit den Dorstener Zahlen. Diese sind von mir eingefügt worden. Der Originalartikel stammt von einem ehemaligen Grünen Politiker, dem Oberbürgermeister Boris Palmer und beschreibt die Situation der Universitätsstadt Tübingen, wobei sich die Zahlen in Tübingen bei insgesamt 93.000 Einwohnern aktuell sogar noch leicht schlechter darstellen als in Dorsten.

Im Grunde genommen lassen sich so aber auch unsere aktuelle Haushaltssituation und unsere finanziellen Zukunftsaussichten sowie die aktuellen Ursachen dafür zusammenfassen.

Und was bedeutet das alles jetzt für den Haushalt der Stadt Dorsten?

Und was bedeutet das für die CDU-Fraktion in Dorsten?

Wir tun uns schwer und ringen mit uns und unseren Gewissen!

Denn es geht auch um Glaubwürdigkeit und Wahrheit!

Wir tun uns schwer, einem Haushalt zuzustimmen, der nur deshalb nicht auf direktem Wege in die Haushaltssicherung und damit zum Ende jeglicher echten Entscheidungsfähigkeit dieses Rates führt, weil der Landesgesetzgeber die Möglichkeit geschaffen hat, in einem gewissen Umfang sogenannte „Verlustvorträge“ in die Bilanz einzustellen. Ja, das ist legal! Aber ist es auch legitim und streut nicht nur weiteren Sand in die Augen, so dass die Realität und die Wahrheit ignoriert werden können?

Wir befinden uns in einem echten Dilemma!

Wollen wir in Dorsten die Konsequenzen falscher Politik im Bund früher als unbedingt notwendig ausbaden?

Und was bedeutet hier „ausbaden“?

- Streichen aller nicht vertraglich zugesicherten Zuschüsse für kulturelle und soziale Zwecke!
- Ausstieg aus allen Förderprogrammen, für die Eigenbeiträge zu erbringen sind. Zum Beispiel Ausstieg aus den Dorfentwicklungen in Lembeck und Rhade.
- Kein Geld für die Umsetzung des Mobilitätsentwicklungsplans – auch nicht in noch so kleinen Schritten.
- Streichen der Mittel in Form des Bürgerbudgets für die Stadtteilkonferenzen.
- Überprüfung und Infragestellen aller verbliebenen freiwilligen Leistungen. Kurz-, mittel- und langfristig. Konkret: Infragestellen der Bezuschussung von Jugendeinrichtungen und Sportanlagen, von Stadtbibliothek und Musikschule, von Stadtmarketing und Kultur.

So stellt sich die Frage: Wollen wir uns über das Jahr der Bundestagswahl und der Bildung einer neuen Bundesregierung retten:

- in der Hoffnung, dass die Wahrnehmung der Realität in Berlin Oberhand gewinnt und der Überforderung der Kommunen gegengesteuert wird?
- in der Hoffnung, dass auch die Grundgesetzwidrigkeit der Finanzausstattung der Kommunen vor dem Hintergrund von neuen oder erhöhten Ausgaben für Grundsicherung, Eingliederungshilfe, Jugendhilfe, Ganztagsbetreuung, Pflege, Asylbewerber oder Ukraine-Flüchtlinge anerkannt und beseitigt wird?

Alles Themen, bei denen der Bund beschließt und die Kommunen zumindest mitzahlen, ohne die erforderlichen finanziellen Ressourcen zu erhalten. So macht man in Berlin seit Jahren Politik zu Lasten Dritter und kann dabei die Schuldenbremse sogar meistens einhalten. Alles Themen, bei denen im Bund eine andere Politik gemacht werden könnte!

Auf Landesebene war es in Nordrhein-Westfalen im Übrigen breiter überparteilicher Konsens, dass das s. g. Konnexitätsprinzip eingeführt wurde. Einen solchen überparteilichen Konsens würde ich mir auch auf Bundesebene wünschen.

Wir, die CDU Dorsten, haben uns für die Hoffnung entschieden! Die vage Hoffnung, dass die desaströse Entwicklung der vergangenen drei Jahre zu einer Wende im Denken und Handeln führt, durch die der finanzielle Niedergang gestoppt und mittelfristig eine Trendwende herbeigeführt wird.

Wir haben uns deshalb dazu entschieden, den durch den Bund verursachten Kahlschlag für Dorsten noch ein bis zwei Jahre hinauszuzögern!

Wir, die CDU Dorsten, stimmen dem Haushalt schweren Herzens zu!

DANKE!